



Verlag von W. G. Korn. 175. Jahrgang.

Nr. 135

Breslau 5 Mk., frei ins Haus 6 Mk., bei den deutschen Postämtern 6 Mk. Monatsbetrag 1,70 Mk., frei ins Haus 2,10 Mk., bei der Post 2 Mk. Wochenbetrag in Breslau 40 Pf., frei ins Haus 50 Pf.

Breslau, Mittwoch, den 23. Februar

1916. Einrückungsgebühr für die heutige Seite oder deren Raum: 40 Pf. (Mittwoch u. Abendblätter 45 Pf.), bei Anzeigen aus Schottland u. Wales 80 Pf. (beim 1. Anzeigenantritt für den ersten Tag 20 Pf., bei Anzeigenantritt in Schottland 15 Pf., bei Anzeigenantritt in Wales 10 Pf.).

Anzeigenannahme und Bestellungen in der Geschäftsstelle Schweibitzer Straße 47 (Fernspr. 1944 u. 4416) und in den Zweiggeschäftsstellen Goethestr. 22 (Fernspr. 12427) und Kaiserstr. 17 (Fernspr. 12388), Fernspr. der Ad. Nr. 2081, 5722 u. 540 (letzte nur für den Stadtverkehr), der Handelsred. Nr. 4416. — Sp. rech. der Red. 10—12 Uhr. — Telegr. Adr.: Schlesienspost. — Vol. telegr. Adr.: W. G. Korn, Breslau 38.

Abendblatt.

Au der Maas mehr als 3000 Franzosen gefangen. Zahlreiches Kriegsmaterial erbeutet. Beträchtlicher Geländegewinn.

Italiens griechische Absichten.

is. Von unserem Mitarbeiter wird uns aus Chios gemeldet:

Allmählich rückt man mit der Sprache heraus und läßt die letzten Rücksichten fallen; Briand hat in Rom, zweifellos im Auftrage Englands, Griechenland an Italien verhandelt. Nicht gleich das ganze Griechenland! Paraphrase. Über denjenigen Teil, auf den es Italien schon lange abgesehen hat. Das ist die Insel Korfu, die die römische Regierung ihrem Volke als Schmerzensgeld für das verloren gehende Albanien hinreichen möchte. Das Spiel ist vorzüglich und mit aller südlicheren Griffigkeit eingefädelt worden. Der „Grund“ für eine Besetzung Korfus durch italienische Carabinieri wird an den Haaren herbeigezogen. Man schießt einige Soldaten auf die Insel. Griechenland entrüstet sich. Die Regierung von Athen protestiert. Italien entrüstet sich wegen der griechischen Entrüstung, verschießt Gegenproteste. Die römische Regierungspresse spielt die gekränkte Unschuld Italiens aus. Die Nationalisten plärren es durch alle Gassen, Italien wäre durch die griechische Kammer und den Ministerpräsidenten Skuludis beleidigt worden. Dieser Schimpf könnte nur durch eine sofortige Tat, durch die vollkommene Beteiligung Italiens an der Besetzung Korfus und anderer Inseln seine Sühne finden. In Rom lächeln die Muguren, wenn sie die Gemüter hüben und drüben sich erhitzen sehen. Je mehr die Atmosphäre elektrisch geladen ist, desto leichter und schneller haben sie den Konflikt, den sie brauchen, um das Unternehmen in Gang zu bringen.

Wie war es doch gleich in Balona? Vor anderthalb Jahren? Balona brauchte italienische Sanitäter wegen der unterschiedlichen Seuchen, die in Balona und Umgebung grassieren sollten. Es gab zwar auch in Italien Leute, die da sagten, zuerst solle man an die Beseitigung der Seuchen im eigenen Lande denken. Aber die Regierung brauchte damals, es war Mitte Oktober 1914, als Österreich anderwärts beschäftigt war, ausgerechnet die Seuche in Balona, um zuerst Sanitäter und bald nachher ein Regiment Carabinieri hinüberzuschicken. Innerhalb von vierzehn Tagen war die Frage der Besetzung von Balona erledigt. Jetzt, wo die Italiener wieder herausmüssen, wird das Spiel mit neuverteilten Rollen in Korfu wieder aufgenommen. Hier lassen Frankreich und England den italienischen Heißsporn gern gewähren. Auf der einen Seite tun sie ihm einen Gefallen, wenn sie ihm ein neues Betätigungsfeld zuweisen, wenn sie vor allem die heutzutageigen Nationalisten von dem westlichen Mittelmeer ablenken und einen neuen Wegweiser nach Südosten aufstellen, wo die Serben und Montenegriner nur noch als Kanonenfutter mitzählen und die Griechen den Wert der Freundschaft des Verbandes noch immer nicht nach Gebühr gewürdigt haben. So lange Italien, so denkt man in Paris und London, in der Adria ein Ziel sucht, wird es keiner Sonderfrieden schließen. Auf der andern Seite will man es noch fester an den Büfen schließen, um es in immer weitere und größere Abhängigkeit von England und Frankreich zerstoßen zu lassen. Man zeigt ihm den Weg zu neuen Abenteuer. Das italienische Volk muß auf alle Fälle aus seiner zunehmenden Kriegsmüdigkeit aufgerüttelt werden, ehe es zu spät für die Herrschaften in London und Paris wäre. Wenn es schon im Norden nichts zu „erlösen“ gibt, dann wäre die Kriegskarte im Südosten auch nicht zu verachten. Das neue Rom würde nur den Spuren des alten folgen, und das offizielle „Giornale d'Italia“ hatte gerade vor einem Jahre in wunderhübschen Zeichnungen den Drang der alten Römer nach dem Südosten eindrucksvoll dargestellt. Im übrigen ist ganz Griechenland in den Augen des Vierverbands Fallbeispiel geworden, auf dessen leichte Erreichbarkeit Herr Briand in Rom nur hinzuweisen brauchte, um ein verständnisvolles dankbares Lächeln einzubringen. Wenn Italien und Griechenland wegen Korfu aneinander geraten, dann können sich Frankreich und England anderen dringlicheren Aufgaben widmen, und die beiden allein fertig werden lassen. Schließlich aber hätte ein italienisch-griechischer Krieg für die Verbündeten an der Seine und Rheine den unschätzbaren Vorteil, Italien so tief in das Balkanabenteuer verstrickt zu haben, daß es nie wieder allein zurückkann, ohne seine eigene Existenz aufs Spiel zu stellen. Rußlands Einfluß ist auf dem Balkan so wie so ausgeschaltet. Die Westmächte glauben damit ein leichteres Spiel zu haben.

Unmittelbar nach Briands erstem Trinkbruch taten kundige Römer sehr geheimnisvoll. Neue große Aktionen sollten vorbereitet sein. Man ließ es bei dunklen Andeutungen. Heute tut man bereits in Briefen und Gesprächen, als ob nichts mehr zu verbergen wäre. Italien wirft die Maske ab. Den letzten Vorwand zur Besetzung von Korfu werden die Zustände im nördlichen Epirus und der Mündung, die Frage des Dobranas im italienischen Sinne zu realisieren, liefern.

Mittlicher Bericht über die Kriegslage.

W. G. Großes Hauptquartier, 23. Februar. Westlicher Kriegsschauplatz.

Durch eine Sprengung in der Nähe der von uns am 21. Februar eroberten Gräben östlich von Souchez wurden die feindlichen Stellungen erheblich beschädigt. Die Gefangenzahl erhöht sich hier auf 11 Offiziere, 348 Mann, die Beute beträgt drei Maschinengewehre.

Auf den Maas-Höhen dauern die Artilleriekämpfe mit unverminderter Stärke fort.

Östlich des Flusses griffen wir Stellungen an, die der Feind etwa in Höhe der Dörfer Coufenboye-Azannes seit anderthalb Jahren mit allen Mitteln der Befestigungskunst aufgebaut hatte, um eine für uns unbenutzbare Einwirkung auf unsere Verbindungen im nördlichen Teil der Woivre zu besorgen. Der Angriff stieß in einer Breite von reichlich zehn Kilometern, in der er angelegt war, bis zu drei Kilometer Tiefe durch. Neben sehr erheblichen blutigen Verlusten büßte der Feind mehr als 3000 Mann an Gefangenen und zahlreiches, noch nicht übersehbares Material ein.

Im Ober-Elb führte der Angriff westlich Heideweiler zur Fortnahme der feindlichen Stellungen in einer Breite von 700 und einer Tiefe von 400 Metern, wobei etwa 800 Gefangene in unserer Hand blieben.

In zahlreichen Luftkämpfen jenseits der feindlichen Linien behielten unsere Flieger die Oberhand.

Ostlicher und Balkan-Kriegsschauplatz.

Unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Die Hege gegen den Grafen Bernstorff.

§§ Die bereits erwähnte Hege, die in den letzten Tagen plötzlich in amerikanischen Blättern gegen den deutschen Botschafter Grafen Bernstorff losgebrochen ist, wurde durch folgende New-Yorker Meldung des Londoner „Daily Chronicle“ von Montag beleuchtet:

Präsident Wilsons Unwille über Graf Bernstorffs wiederholten Bruch von Versprechungen ist nicht länger ein Geheimnis. Die amerikanische öffentliche Meinung ist davon überzeugt, daß die Zeit nahe ist, wo das Verbleiben des deutschen Geandten im Lande nicht mehr möglich ist. Telegramme aus Washington zeigen, daß die Volkstimmung schärfer und schärfer seine Abberufung verlangt. Der Staatssekretär Lansing hatte auf Bernstorffs Verlangen eingewilligt, daß die neulich wieder aufgenommenen Verhandlungen geheim gehalten werden sollten. Trotzdem hat Bernstorff durch die Vertreter der Presse eine Bestechungspropaganda geführt und sogar falsche Mitteilungen über das tatsächliche Verhältnis der Dinge inspiert. Der Zweck bei dieser Propaganda ist unter anderem, den Eindruck zu erwecken, daß die Administration in Washington wandelnd und launisch in der Weise ihres Vorgehens wäre. Das Intrigenpiel erreichte seinen Gipfelpunkt, indem eine Mitteilung verbreitet wurde, daß der Präsident bereit wäre, Deutschlands letzten Plan im Hinblick auf die Unterseebootpolitik anzunehmen. Präsident Wilson gab augenblicklich Befehl, daß ein Dementi dieser Mitteilung auszugeben werden sollte, und diese seine Handlung war das erste Schritt auf die wachsende Spannung zwischen Amerika und Deutschland. Lansing soll sehr aufgebracht sein, weil Bernstorff die Privatgespräche zu einem öffentlichen Geheimnis gemacht hat. Er soll gesagt haben, wenn diese Propaganda nicht eingestellt würde, würde der Botschafter unweigerlich heimgeschickt werden. Es ist selbstverständlich, daß der Berichterstatter des Londoner Blattes die Dinge hier im englischen Interesse dargestellt hat.

König Ferdinand und der Heilige Stuhl.

Dem k. l. Telegraphen-Korrespondenz-Bureau wird mitgeteilt: „Nachdem der Heilige Vater seiner Majestät dem König von Bulgarien verziehen hat und Ausöhnung mit dem Heiligen Stuhl und der katholischen Kirche im März 1915 erfolgt ist, haben nunmehr auch Ihre Königliche Hoheit die Frau Herzogin von Parma den Besuch seiner Majestät im Schlosse Schwarzau entgegengenommen und ist damit die Ausöhnung seiner Majestät mit Ihrer Königlichen Hoheit der Frau Herzogin von Parma erfolgt.“

Der Ferdinand war im Jahre 1887 als damaliger Prinz von Sachsen-Coburg und Gotha zum erblichen Fürsten von Bulgarien gewählt worden. Die bulgarische Verfassung von 1879, welche bestimmte: „Der Fürst von Bulgarien und seine Deputierten dürfen sich zu keiner anderen als der orthodoxen Religion bekennen. Nur der zuerst erwähnte Fürst ist befugt, seine Religion, wenn er einem fremden Bekenntnis angehört, beizubehalten“, wurde zwar nach der Thronbesteigung dahin abgeändert: „Der Fürst von Bulgarien und seine Deputierten dürfen sich zu keiner anderen als zu der orthodoxen Religion bekennen; jedoch ist der durch Wahl auf den Thron erhobene Fürst befugt, ebenso wie der Thronfolger, seine Religion, wenn er einem fremden Bekenntnis angehört, beizubehalten“, als aber 1894 der Thronfolger Prinz Boris geboren und katholisch getauft wurde, ließ die bulgarische Nationalversammlung dem Fürsten durch eine besondere Deputation den Wunsch aussprechen, daß der Thronfolger die orthodoxe Religion annehmen möge. Der Fürst versprach, den Wunsch des Parlamentes zu erfüllen und reiste selbst nach Rom zum Papst. Die Kurie sprach sich aber gegen den Übertritt des Prinzen zur Orthodoxie aus, und da der Fürst trotzdem seit dem Volke gegebenes Versprechen einlöste, kam es zum Bruche mit dem Vatikan und zugleich auch mit der Mutter der Fürstin, der Herzogin Maria von Parma. Erst im vorigen Jahre gelang eine Ausöhnung des nunmehrigen Königs mit dem Vatikan, und jetzt nach zwanzigjährigem Zwist ist auch die Ausöhnung mit der Schwiegermutter zustande gekommen. Die Tochter der Herzogin, Prinzessin Marie Luise, ist am 19. Januar 1899 gestorben. Der König ist seit 1908 in zweiter Ehe mit Prinzessin Eleonore Keuß j. L. vermählt, welche lutherisch ist. Die Geschwister des Thronfolgers sind katholisch.

Der Seekrieg.

§§h. Kopenhagen, 23. Februar. Die dänischen Schiffe „Vergenhuis“ und „Vandon“, die von deutscher Seite aufgebracht worden waren, wurden nach Untersuchung in Eimemünde freigegeben und setzten ihre Reise nach England und Siam fort.

§§h. London, 23. Februar. „Hohds“ meldet aus Flintshire, daß das Tankboot „Gera“ aus Groningen gestrandet ist. Die „Gera“ ist Eigentum der Niederländisch-Indischen Tankboot-Gesellschaft im Haag.

Aus Rußland.

§§h. Petersburg, 23. Februar. Der Kongreß der Goldindustriellen Transbaikaliens richtete eine Beschwerde an den Handelsminister, daß die Kronverwaltung infolge der Preisdrückerei den russischen Unternehmern die Goldgewinnung unmöglich mache. Infolgedessen seien jetzt unter den Goldwäscher 70 Prozent Chinesen. Diese verschleppten das meiste Gold nach dem Auslande.

Die Kämpfe im Westen.

§§ Ein französischer Munitionszug mit mehreren tausend Granaten ist der Wiener „Zeit“ zufolge auf dem Bahnhof von Châlons-sur-Marne in die Luft geflogen.

Zum Verlust des „Zeppelin“.

§§ Dem heruntergeschossenen „Zeppelin“ folgte nach einer Meldung des „W. B. a. M.“ aus Kristiania in einem Abstände von 15 Kilometer ein zweiter Zeppelin, der nach dem Untergange des ersten umdrehte und unbefehrt die deutschen Linien erreichte. Während gleichzeitig ein dritter Bomben auf Luneville warf, die nach französischer Meldung keinen Schaden angerichtet haben sollen.

Die Vierbundskonjunktur auf Kreta verhaftet.

hbl. Der Athener Korrespondent der „Daily Mail“ erfährt aus bester Quelle, daß die Konjunktur Deutschlands, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei auf Kreta von den Engländern verhaftet und an Bord eines Kriegsschiffes gebracht worden sind.

Filipeskus Reise nach Rußland.

§§h. Bukarest, 23. Februar. In hiesigen politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Filipesku auf seiner Reise nach Petersburg sich davon überzeugen will, ob die russische Armee sich tatsächlich in einem solchen Zustande befindet, daß Rumänien auf wirksame Hilfe von russischer Seite nicht rechnen kann. In den rumänischen russenfreundlichen Kreisen haben nämlich die Misserfolge der Russen in Bessarabien und Galizien sehr niederdrückend gewirkt, so daß ihre still gehegte Hoffnung immer mehr schwindet, daß die russische Armee auf den Kriegsschauplätzen eine erfolgreiche Aktion entfalten werde. Deshalb blickt man in diesen Kreisen natürlich dem Ergebnisse der Reise Filipeskus mit Spannung entgegen.

§§ Der Berichterstatter der „Birshewija Wjedomosti“ teilt mit, daß Filipesku, wenn er Petersburg, London und Paris besucht haben wird, über Kopenhagen nach Berlin reisen will. Seine Reise erhält damit den Charakter einer Orientierung im Hinblick auf das Stärkeverhältnis der Mächtegruppen, zwischen denen Rumänien in naher Zukunft zu wählen haben wird.

Russische Deserteure.

§§h. Bukarest, 23. Februar. Wie die „Minerva“ meldet, versuchte vorgestern eine Abteilung russischer Soldaten auf Booten über den Pruth nach Rumänien zu flüchten. Sie wurden aber von der russischen Uferwache entdeckt und auf Booten verfolgt. Zwischen Flüchtlingen und Verfolgern entwickelte sich ein blutiger Kampf, bei dem die ersteren unterlagen. Mehrere Deserteure wurden erschossen, die übrigen entwaffnet.

Die Schlacht bei Czartorysk.

Von unserem zum Oberst entsandten Kriegsberichterstatter.

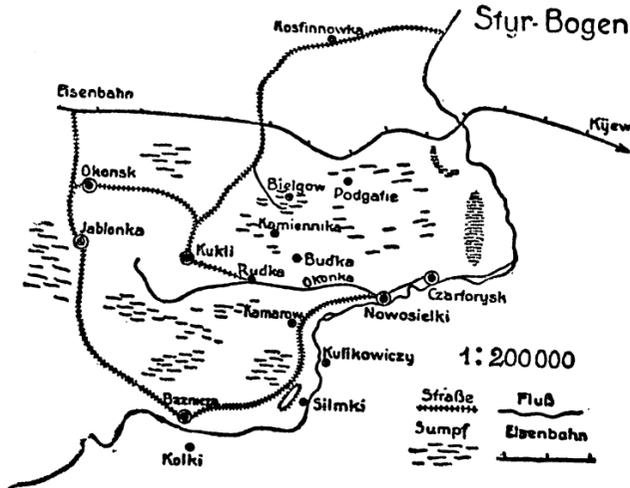
II. **R u s s i s c h e A r m e e, Anfang Februar.**

Die nächste Sorge der deutschen Armeeführung mußte es sein, die Spitze der Russen zum Stehen zu bringen und im Norden und Süden eiserne Mauern gegen jeden Versuch, die deutschen und österreichisch-ungarischen Linien von der Seite aufzurollen, zu errichten. Im Norden hielten ostpreussische Truppen in zäher Linie Lisowo, Samwerhnowka, Olonsk. Im Süden wurde mit herangezogenen Reserven aus deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen ein Vorstoß in drei Gruppen von Kolkki aus angelegt.

Die Vorhut der Truppen, die am 20. von Kolkki vorwärts gingen, bildeten zwei preussische Kompagnien unter zwei Leutnants. Man marschierte bei gelegentlichem Regenschauer durch sumpfigen Wald weiter, russischer Widerstand, der sich von Zeit zu Zeit bemerkbar machte, wurde bald erledigt. In der Nacht vom 20. zum 21. wurde die Vorhut aber von dem Gros, das sich wegen starker feindlicher russischer Angriffe auf einer vorläufigen Rückwärtsbewegung entschließen mußte, abgetrennt. Man war bis vor Grolki gekommen. Da merkten die beiden Kompagnien, daß die Russen ihnen mit immer stärkeren Kräften im Rücken waren. In der Brücke von Stawischtsche hielt man Kriegsrat. Man sah ein, daß man sich am Tage wohl halten könne, daß aber die Nacht eine Katastrophe bringen müßte. Man beschloß den Durchbruch. Von dem Geschehen des Tages vorher waren Verwundete. Unter keinen Umständen wollte man die Kameraden den Russen lassen. Noch hatte man den Tag vor sich und hielt die Brücke. Tragbahnen wurden gezimmert, die Verwundeten darauf gebettet. Alle Viebesachen, die man bei sich hatte, wurden gleichmäßig verteilt. Man wußte, um was es ging. Bei einsetzender Dämmerung begann man am Durchbruch nach Süden. Die Russen waren von dem energischen Angriff überrascht, 150 Gefangene machten die beiden Kompagnien und brachten sie mit allen Verwundeten aus der Umfassung zurück.

Ein Feldenschild, das der Kommandierende General jetzt zu Kaisers Geburtstag anerkannte: „Nach dem mir erst jetzt vorliegenden Geschichtsbericht haben die 9. und 11. Kompagnie des . . . Infanterie-Regimentes in den Kämpfen bei Gradin und Butka unter ihren Kompagnieführern sich mit heldenhafter Tapferkeit geschlagen. Mehrfach von der Masse des Feindes umzingelt, ist es den beiden tapferen Kompagnien unter ihren tapferen und unverzagten Führern immer wieder gelungen, sich freie Bahn zu schaffen, den Feind zu schlagen und Gefangene zu machen. Den beiden Kompagnien gebührt somit ein Hauptanteil an unseren Erfolgen bei Gradin und Butka. Sie zeigten in vorbildlicher Weise, daß nur derjenige im Gefecht verloren ist, der sich verloren gibt. Die Ruhmesblüten der 9. und 11. Kompagnie des . . . Infanterie-Regimentes werden in der Geschichte des Regimentes für alle Zeiten verzeichnet sein. Im Namen Seiner Majestät des Kaisers und Königs verleihe ich am Geburtstag Seiner Majestät den beiden Kompagnieführern das Eisene Kreuz 1. Klasse und bitte, von jeder Kompagnie mir außerdem zehn Mann für die Verleihung des Eisernen Kreuzes 2. Klasse vorzuschlagen.“

Gradin wird von den Russen geräumt. Das ist mit der Eroberung dieses Durchbruches. Die drei Hauptkolonnen rücken vor. Von Süden her rücken jetzt die deutschen und österreichisch-ungarischen Kräfte in Richtung Jablonka, während vom Norden und vom Westen her gleichzeitig angegriffen wurde.



Vier Bataillone wurden in Front gegen den stark besetzten Westrand von Jablonka, ein Bataillon wurde zur Sicherung gegen Zagorowka aufgestellt, da immer noch russische Kräfte in Sofianowka festgesetzt waren. Andere Bataillone wurden auf dem linken Flügel gegen die Straße Jablonka-Olonsk angelegt. Am Mitternacht wurde der Angriff begonnen und bis zu einer Waldlichtung vorgetragen. Hier grub man sich im heftigen Feuer ein. Starke Brände im Dorf hinter der russischen Stellung loderten hoch und färbten den Nachthimmel. Am 21. um 5 Uhr morgens ging der Angriff weiter. Inzwischen hatten andere Bataillone auf dem linken Flügel die Straße von Olonsk nach Jablonka leicht genommen und begannen von Norden durch den sumpfigen Wald gegen den Dorstrand vorzudringen. Da brach bei den Russen Panik aus. Sie verließen in regelloser Flucht ihre Stellungen. Drei Offiziere, 800 Mann, 8 Maschinengewehre fielen in die Hand der führenden Infanterie.

Die von den südlichen Gruppen herankommenden Kavouillen fanden darauf mittags das stark besetzte Dolzhd geräumt. Der Fall von Jablonka hatte die Räumung mit entschieden. Die russischen Kräfte in Sofianowka waren sogar am Tage vorher auf das Nahe des Beobachtungsbataillons abgezogen.

So war ein erster, entscheidender Erfolg erreicht. Die Offensibe der Russen war zum Stillstand gekommen. In den ganzen Kämpfen waren sie von nun an die Angegriffenen, die nur mit Stoß und Gegenstoß den sich ihnen aufzwingenden Willen des deutschen Führers aufhalten, aber nicht mehr nach eigenem Willen handeln konnten.

Die Russen waren auf ihren starken Stellungen auf den Hügel um Kulk zurückgegangen. Hier lag die gut ausgebauten Verteidigungsanlage der Russen. Deutsche Kräfte suchten sie am 21. vom Norden her vergeblich zu nehmen. Man kam im rasenden Infanteriefeuer näher, aber die Stellung war hier zu stark.

Noch am 21. nachts waren Verfolgungskompagnien über Jablonka nach Kulk weiter geschickt, die bis zum Waldrand vor Kulk durchkamen. Auch die Südgruppe (deutsche, österreichische und ungarische Kräfte) war inzwischen über Gradin und Dolzhd gegen Kulk und den Wielkloje-Sumpf, den die Russen hielten, vorgezogen, sodas am 22. Dorf und Stellung Kulk von drei Seiten umfaßt war.

*

Die Armeeführung beschloß nun den entscheidenden Vorstoß über Bobgatie auf Czartorysk. Um aber diesen Vorstoß geben

zu können, mußte zunächst Kamienucha von wo aus die Russen hätten flüchten können, genommen werden.

Stärkere Kräfte wurden gegen Kamienucha angelegt, während gleichzeitig die Südgruppe gegen Kulk vorging. Die leichten Höhen von Kamienucha, die von laubem Gelände umgeben sind, wurden von den Russen zäh gehalten; außerdem wurde die russische Verteidigung durch schwere Artillerie unterstüzt, während die Verbündeten ihre Artillerie durch das Sumpfgelände nicht heranzubekamen. Während dreier Tage schoben sich die Angreifer im Schrapnellregen weiter. Es sind vier Grab Kälte. Die Mannschaften liegen oft bis zu den Hüften in Eiswasser.

Auch der Angriff gegen Kulk geht sehr langsam vorwärts. Am 28. sind die österreichisch-ungarischen Truppen unter starkem Feuer in das westlichste Haus des Dorfes eingedrungen, aber es ist weiter kein Boden zu gewinnen.

Da Kulk am 29. eine preussische Brigade trotz blutigster Verluste den Windmühlberg bei Kamienucha und erzwingt den Ort im Bajonettkampf.

Am 30. abends merkt darauf die Südgruppe ein Nachlassen des russischen Widerstandes in Kulk und stellt um Mitternacht das Abziehen des Feindes fest. Österreichisch-ungarische Truppen und preussische Truppen dringen darauf in Kulk ein, wo gerade die Russen ein Bataillon ablösen wollten.

Über Budka hinaus und über Wielgow sollte nun gegen Czartorysk weiter gestochen werden. Aber die Lage Budkas war für die Truppen, die den Ort halten und aus ihm vorstoßen mußten, besonders schwierig. Durch unüberschreitbaren Sumpf führt ein einziger schmaler Weg in das langgestreckte Dorf, dessen Häuser wie auf kleinen Inseln in dem Sumpfwasser standen. (Heute kann man die Stelle, wo das Dorf Budka lag, kaum mehr erkennen; Aschenteile und Kreuze von Gräbern, das ist das Dorf Budka heute.) Von beiden Seiten lag das ganze Nest im flackernden russischen Artilleriefeuer. Trotzdem stießen die deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen durch. Bis sie im Sumpfwald hinter Budka von starkem russischen Flakentwurf gefaßt wurden und zurück mußten in die Hülle dieses Dorfes. Bis zum 9. November erfolgte an jedem Tag ein russischer Angriff. Haus für Haus fraßen die Flammen. Es sprach keiner mehr in den eisigen Erdschlöchern vor Budka, in denen das Grundwasser stieg.

Inzwischen war oben nördlicher bei Kofinnowka am 4. November den Russen ein Durchbruch gelungen.

Bei Budka kam es — es war der letzte Einsatz der Russen — noch einmal zum russischen Stoß. Südlich von Budka wurde am 9. die Stellung im Sumpf durchbrochen und die Befestigung von Budka im Rücken gefaßt. Zwar stürmten die schon erwähnten Kompagnien wieder unter ihren Leutnants noch am gleichen Tage in das Dorf hinein mit dem Angriffsruf: „Nach für Czartorysk!“, zwar wurde im Bajonettkampf, bei dem sich ungarische Husaren hervorragend beteiligten, die gesamte russische Befestigung niedergemacht, aber Budka war nicht mehr zu halten. Man mußte sich begnügen, den Südrand jenseits des Sumpfes zu besetzen. Durch Budka ging der Stoß nicht zu führen, trotzdem die Russen sichlich zermürbt waren.

Immer stärkere Artillerie hatte man nun trotz des Geländes zusammengezogen. An einer Stelle gegen Wielgow wurde schließlich am 18. November die Artillerievorbereitung in großem Maßstabe begonnen. Mit großer Stärke setzten die Geschütze ein. Unter dem rasenden Hämmern der schweren Granaten wurde die Stellung bei Wielgow durchbrochen. Die russische Widerstandskraft war in dem vierwöchigen Kampfe gebrochen. Sie räumten den Styr-Bogen, räumten Czartorysk. Führer und Truppen hatten schweren Sieg erfochten. Korpsbefehl: „Der Feind ist geschlagen, über den Styr zurückgegangen. Unsere gefallenen und verwundeten Kameraden haben nicht umsonst geblutet. Todesmutige Tapferkeit, unerschütterliche Ausdauer haben ihn niedergeworfen. Was deutsche und österreichisch-ungarische Infanterie, Kavallerie und Pioniere an zähem Festhalten des weit überlegenen Feindes in den Wäldern und Sümpfen geleistet haben, oft in übermenschlicher Anspannung und Hingabe auch der letzten Kräfte, was die verbündeten Artillerien als Schildhalter und Sturmreiter der ringenden Schwesternwaffen gewirkt haben, das darf sich kühn jeder Tat dieses Krieges zur Seite stellen.“

Ich spreche Führern und Mannschaften meinen Dank und meine volle Anerkennung aus.

Nun durch und festgehalten bis zum endlichen Sieg! . . . den 14. 11. 15. . . .

Das war das Feldenschild von Czartorysk.
Rolf Brandt, Kriegsberichterstatter.

Die englische Blockade.

London, 22. Februar. Neuter. Oberhaus. Lord Esher brachte einen Antrag ein, in dem erklärt wird, daß auch in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und den berechtigten Ansprüchen der Neutralen ein wirksamer Gebrauch von den alliierten Flotten gemacht werden könnte, um zu verhindern, daß Vorräte nach den feindlichen Ländern gelangen.

Der Antragsteller sagte: Bisher ist die Wirkung unserer Politik die gewesen, daß große Vorräte, die die Deutschen benötigten, tagtäglich den Feind erreichen konnten. Der Antragsteller wiederholte sodann seine Behauptungen bezüglich einer das gewöhnliche Maß überschreitenden Einfuhr durch Neutrale, wobei er die Fleisch-einfuhr in Holland und in Dänemark als Beispiel anführte und betonte, daß diese Länder selbst große Mengen Fleisch produzierten. Wir sollten, fuhr er fort, auf das Bestimmteste und gegen die Behauptung wenden, daß die Neutralen das Recht hätten, außergewöhnliche Gewinne zu machen. Die Neutralen hätten nur das Recht, zu fordern, daß die für ihre Bedürfnisse gewöhnlich erforderlichen Vorräte durchgelassen würden und daß dies mit möglichst geringer Behinderung geschehe. Es sei angebetet worden, daß die Einmütigkeit in das gewinnbringende Geschäft der Neutralen die Beziehungen Englands zu ihnen gefährden würde. Wenn jedoch die Alliierten hinsichtlich der endgültigen Regelung der Frage eine feste Haltung annehmen, würden die Schwierigkeiten des englischen auswärtigen Amtes in seinen Verhandlungen mit den Neutralen bald überwunden sein. Es liege in der Macht Englands, das Ende des Krieges durch Anwendung seiner Flotte zu beschleunigen.

Im weiteren Verlauf der Sitzung des Oberhauses erklärte Lord Lansdowne:

Die Politik, die verhindern solle, daß Vorräte Deutschlands erreicht werden, würde schonungslos durchgesetzt werden. Der Redner hob aber hervor, wie verwickelt die Frage sei, und welche Schwierigkeiten durch die Verschiebung des Handels hervorgerufen würden. Ein anderes störendes Element sei das Anwachsen neuer Industrien, wie zum Beispiel die Herstellung von Margarine. Lansdowne gab darauf eine Statistik, um zu zeigen, daß keineswegs eine allgemeine Zunahme der an die Neutralen gehenden Güter erfolgte. Was wichtiger sei sei die Tatsache, daß das Durchsickern von Gütern durch die Neutralen an den Feind weit davon entfernt sei, zuzunehmen, sondern infolge der britischen Vorbeugungsmaßnahmen eine deutliche Tendenz zur Kontraktion zeigte. Während die Einfuhr von Baumwolle nach Skandinavien und Holland für 1915, 810 000 Tonnen betrug, seien während der letzten sechs Monate 1915 nur 52 000 Tonnen eingeführt gegen 49 000 Tonnen im gleichen Zeitraum 1913. Lord Lansdowne hob die Wirkung der getroffenen Maßnahmen hervor und sagte, der Verkehr in Öl im Tankdampfern von Holland nach Deutschland sei mit Ende 1915 fast zu nichts zusammengeschrumpft. Lansdowne gab

eine Reihe von Zahlen, die den Rückgang in anderen Einfuhrkapiteln Skandinaviens und Polens im Januar 1916 zeigen im Vergleich zum Januar normaler Jahre.

Weiter führte er aus: Die Einfuhr von Waren von militärischer Bedeutung wäre nicht nennenswert höher, als die Menge, die für den eigenen Verbrauch erforderlich wäre. Das Haus dürfe indessen nicht denken, daß keine Gefahr für ein Wiederaufleben des sehr gefährlichen Durcheinanderbestandes bestehe. Die Kanäle des Schmuggels sind nicht geschlossen worden. Wie wohlwollend und die neutralen Regierungen auch gesinnt und wie aufrichtig und ehrlich auch die Kaufleute sein mögen, mit denen wir die Vereinbarungen getroffen haben immer wird es doch gewissenlose Leute geben, die Mittel und Wege kennen, unsere Vorsichtsmaßnahmen zu durchkreuzen. Die größte Schwierigkeit war unsere Verpflichtung, mit den Neutralen in ehrlicher Weise zu verfahren. Es würde ganz unrichtig sein, die Vorstellungen der Neutralen verächtlich zu beiseite zu schieben und es wäre der Gipfelpunkt der Torheit die Ansicht der Neutralen, die mit dem vollkommenen gesetzlichen Pöbel beschäftigt sind, mit Vorbedacht zu schmähern. Lord Lansdowne setzte dann die Schritte auseinander, die England zur Selbstverteidigung zu ergreifen gezwungen sei. Es war, sagte er, nicht überraschend, daß es mit den Neutralen große Schwierigkeiten gab, die wir erduldet, sich zu erinnern, daß wir für unsere Existenz und eine Sache kämpfen, die ebenso Sache der Neutralen wie unsere eigene sei. Lansdowne teilte sodann noch mit, daß ein Kabinettsminister zur Bearbeitung der ganzen Blockadefrage eingesetzt werden würde. Darauf vertagte sich das Haus.

*

London, 23. Februar. Zu der Meldung von der beabsichtigten Ernennung des englischen Vizeadmirals des Reiches der parlamentarische Mitarbeiter des „Daily Telegraph“, daß der neue Minister alle Befugnisse, die jetzt dem Minister des Äußeren, der Admiralität, dem Handelsministerium und allen anderen Ministerien zustehen, soweit sie mit der Blockadefrage zusammenhängen, übertragen werden sollen.

Sasonow über die politische Lage.

Petersburg, 23. Februar. Der Minister des Äußeren Sasonow hielt in der Duma eine Rede, in der er zunächst darauf hinwies, daß er seit dem Beginn des Krieges zum vierten Male ein Gesamtbild der politischen Lage geben wolle.

Weniger als je sei es möglich, das Ende des Weltkrieges abzusehen. Unerklärlich sei der Entschluß, den Kampf bis zur Beiegung des Feindes fortzusetzen. Schon beginne das deutsche Volk einzusehen, daß es durch diejenigen, die von einer unfähigen Diplomatie getäuscht, lange gegebene Pläne verwirklichen wollten, irre geleitet worden sei. Die Gewähr für den Erfolg Rußlands liege in dem engen Bündnis mit den Alliierten. Wegen der weiten Entfernung zu den westlichen Alliierten sei diese Abereinimmung schwer zu erzielen gewesen, jetzt aber durch die gemeinsamen politischen und militärischen Beratungen gewährleistet.

Von Deutschland sagte der Minister u. a.: Die deutsche Regierung ist bemüht, um den kriegerischen Eifer der Massen aufzustacheln, diese glauben zu machen, daß die Gegner die vollständige Vernichtung des deutschen Volkes wollen. Es ist jetzt nötig, zu sagen, daß diese Behauptung sinnlos ist, denn wer könnte ernsthaft damit rechnen, eine Nation von 70 Millionen verschwinden zu lassen? Die Alliierten hatten niemals einen solchen Gedanken. Sie fordern für sich nur das Recht, sich in ihrem Lande zu entwickeln. Aber dem raubgierigen Preuxentum muß ein für allemal die Macht genommen werden. Sasonow sprach dann von Rußlands Stellung zu den Alliierten. Während Deutschlands Verbündete in Wirklichkeit seine Vasallen seien, bewahre im Verberband jeder seine Persönlichkeit und seine Unabhängigkeit.

Die Bande zwischen Rußland und Frankreich seien unzerreißbar, Frankreichs Dienste zur Vorbereitung des Sieges bewundernswürdig. Sie könnten nur einem oberflächlichen Beobachter entgehen. Die früheren Mißverständnisse, die über die Beziehungen zu England schwebten, seien nun endgültig beseitigt. Sie seien verschwunden, wie nächtliche Visionen vor dem Tageslichte. Die Italiener haben die österreichische Schritt für Schritt unter den Schwierigkeiten eines Gebirgskrieges zurückgedrängt. Sie haben am balkanischen und am adriatischen Ufer den gemeinsamen Feind bekämpft.

Der Minister wies sodann nachdrücklich auf das Londoner Abkommen hin, dem sich im letzten November auch Japan und Italien angeschlossen hätten, um dadurch die immer wieder auftauchenden Gerüchte von einem Sonderfrieden ein für allemal Lügen zu strafen. Die Nachrichten aus den vom Feinde besetzten Gebieten nannte Sasonow sehr traurig. Schrecken und Elend herrschten dort überall; man brauche nur an die Ermordung der Mik Cavell erinnern, um das Leben unter deutscher Herrschaft zu würdigen. Die Gründung der polnischen Universität Warschau nannte Sasonow eine Falle. Die Deutschen wollten dadurch das Vertrauen der Polen gewinnen, ein Unternehmen, das von vornherein zu einem Mißerfolg verurteilt ist. Rußlands feierlich verkündetes Ziel sei die Vereinigung aller Teile des zerstückelten Polens und die Herstellung einer polnischen Autonomie. Er hoffe, daß die Polen davon durchdrungen seien, daß nur die Russen ihr nationales Ideal verwirklichen könnten.

Sasonow verfiel insbesondere den skandinavischen Nachbarn, daß Rußland keine Interessen am schwedischen Gebiet habe. Rußland besitze bereits einen eisfreien Hafen im Eismeer, der bald durch einen Schienenstrang mit dem Herzen Rußlands verbunden sein werde. Der Ausgang zum Meere, den Rußland suche, liege in ganz anderer Richtung. Bezüglich Rumaniens sprach der Minister die Hoffnung aus, daß es seine nationale Einheit werde zu verwirklichen wissen, wenn die Stunde gekommen sei. Änderungen in der strategischen Lage hätten die Abreise der alliierten Truppen von Gallipoli erforderlich gemacht. Die friedliche Landung der Alliierten in Saloniki sei nicht mit der deutschen Verletzung der belgischen Neutralität zu vergleichen. Der zweite Londoner Vertrag von 1830 gebe jeder der drei Schuttmächte das Recht, ihre Truppen auf das griechische Gebiet, das sie besetzt haben, zu führen. Außerdem seien die Truppen feierzeitig auf Verlangen des Chefs des griechischen Kabinetts nach Saloniki geschickt worden.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede in der Duma sagte Sasonow u. a.: Die Ungewißheit, ob Griechenland die Verpflichtungen seines Vertrages ausführen würde, hat die Serben gezwungen, sich eine gewisse Zurückhaltung aufzuerlegen, um sich der Mitwirkung Griechenlands nicht zu berauben. Das serbische Oberkommando hatte die Möglichkeit, die bulgarische Mobilisation durch rasche Offensiven zu verhindern. Da nicht der geringste Zweifel bestand, daß sich eine solche Mobilisation gegen Serbien und seine Verbündeten richten würde, wäre der Angriff gegen Bulgarien in dem Augenblick, wo es seine Truppen zusammenzog, nicht weiter als eine berechtigte Verteidigungsmaßnahme gewesen. Trotzdem wollte die serbische Regierung nicht die Verantwortung übernehmen, den brudermörderischen Krieg begonnen zu haben. Über diese SeelengröÙe hat in Griechenland kein Echo gefunden. Die griechische Regierung hat die gegen Serbien über

nommenen Verpflichtungen auf ihre Art ausgelegt. Die serbische Armee hat Wunder von Ausdauer und Tapferkeit verrichtet. Dem Serben ist es schließlich gelungen, sich den Weg bis zum Meere zu bahnen. Jetzt ist, dank den Bemühungen unserer Alliierten, besonders Frankreichs, das serbische Heer nach Skofju gebracht. Natürlich ist diese militärische Streitmacht, auf die sich im Oktober Deutsche, Österreicher und Bulgaren angeworfen haben, nicht mehr so zahlreich, aber sie ist ein sicheres Unterpfand für die Wiedererhebung Serbiens.

Das tragische Schicksal, das einstweilen Serbien niedergeworfen hat, hat Montenegro nicht verschont. König Nikolaus hat mit seiner Familie und einem Teil seiner Regierung das Königreich verlassen, um nicht einen schmachvollen Frieden unterzeichnen zu müssen. Von Frankreich aus hat er dem Prinzen Mirko vorgeschrieben, die montenegrinischen Truppen zu retten und sie mit den Serben zu vereinigen, und er verbot dem Prinzen und dem zurückgebliebenen Minister, in irgendwelche Besprechungen mit Österreich-Ungarn einzutreten.

Man hat der Diplomatie der Alliierten vorgeworfen, daß es ihr nicht gelungen ist, Bulgarien auf ihre Seite zu bringen. Ich gebe zu, daß die Diplomatie nicht den kürzesten und sichersten Weg gewählt hat. Die Befreiung von Dobrußa hätte das bulgarische Volk beeinflussen und veranlassen können, einen Koburger, der ihm fremd ist, von der schiefen Ebene brudermörderischer Gesinnung zurückzuführen. Aber selbst in diesem Falle wäre es den Alliierten vielleicht nicht gelungen, Serbien die Katastrophe zu ersparen, denn übereinstimmende militärische Unternehmungen der Alliierten auf dem Balkan bieten immer außerordentliche Schwierigkeiten dar.

Aus dem Abgeordnetenhaus.

§§ Berlin, 23. Februar. Im Abgeordnetenhaus wurde heute die politische Debatte fortgesetzt.

Der konservative Abgeordnete von der Ostsee wandte sich gegen die gefassten Ausführungen des Sozialdemokraten Ströbel, die in bedauerlichem Gegensatz zu der von vaterländischem Geiste erfüllten Rede seines Fraktionsgenossen Hänsch vom vorigen Jahre gestanden habe. Der Redner wies insbesondere den Vorwurf Ströbels zurück, daß unsere Industrie sich bei ihrer Tätigkeit nur von selbsttätigen Beweggründen habe leiten lassen. Die Äußerung, daß die Vaterlandsverteidigung unserer Soldaten als eine Strafe angesehen wurde, sei eine Schande für den preussischen Landvolk! Bei dieser Äußerung des Abgeordneten von der Ostsee ertönten stürmischer Beifall und Applaus auf der rechten Seite. Des Hänsch, während die Sozialdemokraten lärmend schrien: „Entstellung!“ Weiter sagte Herr von der Ostsee: Es müsse uns die Schamröte ins Gesicht treiben, wenn der Abgeordnete Ströbel den Engländern, die das Volkrecht mit Füßen treten, Objektivität des Urteils zuerkennen. Ganz anders verhielten sich die englischen, russischen, japanischen und italienischen Sozialdemokraten, die geschlossen national und einmütig das Ziel verfolgten: Unterwerfung Deutschlands bis zur Ohnmacht. Alle Ausführungen des Abgeordneten Ströbel zeigten, daß die Sozialdemokraten keine Ahnung von den idealen Interessen unseres Volkes haben. Der Weltanschauung des Abgeordneten Ströbel gehört aber erfreulicherweise die deutsche Zukunft nicht. Inbezug auf die Erlasse des Ministers des Innern betreffend die Versorgung der kleinen Presse wollen Abgeordnete von der Ostsee und seine Parteigenossen die Wirkung abwarten, und bis dahin mit dem Urteile zurückhalten. Bei der Handhabung der Zensur tabelte auch der konservative Redner den Mangel an Einseitigkeit. Auch die Konservativen haben allen Anlaß, sich über einseitige Zensur zu beklagen. Das deutsche Volk solle nicht mehr als nötig in seiner freien Meinungsäußerung beschränkt werden. Es wolle nicht mehr hinter spanischen Wänden sitzen. Der Redner schloß unter stürmischem Beifall, indem er sagte: Es wäre bedauerlich, wenn diese große Zeit über uns hinwegginge, ohne daß jeder sein kleines, bescheidenes Scherlein dazu beigetragen hätte.

Dann sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Weinhausen, der auch seinerseits erklärte, daß die Ausführungen des Abgeordneten Ströbel die patriotischen Gefühle aufs schmerzliche beleidigt hätten. Man solle aber die Ausführungen nicht durch eine Polemik noch unterbrechen. Der Redner hat dann die Regierung, auf dem Standpunkte zu verharren, daß nach dem Kriege eine Neuorientierung unserer inneren Politik auf verständlicher Grundlage stattfinden müsse. Den sozialdemokratischen Antrag auf Aufhebung des Belagerungszustandes lehnt die Volkspartei ab. Im übrigen schließt sie sich inbezug auf Zensur usw. den Wünschen und Beschlüssen an, die schon vorgebracht sind. Der national-liberale Abgeordnete Baumeister trat ebenfalls Herrn Ströbel entgegen und beschäftigte sich dann mit der Zensur. Der Abgeordnete Ströbel suchte sich dann zu verteidigen. Er gab zu, daß in der Sozialdemokratie zum Teil sehr tiefegehende Meinungsverschiedenheiten vorhanden seien. Diese seien aber lediglich Anzeichen der Parteifähigkeit. Man könne es der Zukunft überlassen, festzustellen, welche Richtung die Mehrheit der deutschen Arbeiter hinter sich habe.

*

§§ Der Ausschuh des Abgeordnetenhauses für den Staatshaushalt hat gestern Abend den Gesetzentwurf über weitere Beihilfe zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden, der Gemeindeverbände unter Erhöhung der ausgeworfenen Summen auf 200 Millionen Mark angenommen, ebenso heute Vormittag den Antrag betreffend Hilfe für die Badeorte, in denen aus militärischen Gründen der Badebetrieb verboten oder eingeschränkt ist.

Italien.

§§h. Von der italienischen Grenze, 23. Februar, berichtet die „Milan. Ztg.“: Im Monte Citorio herrscht bereits wieder lebhaftes Treiben. Es sind etwa 150 Abgeordnete angekommen. Die Vorbereitungen zur Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit sind voll im Gange.

Das Eisenerz.

* Das Eisenerz 2. Klasse erhielten: der aus einer schlesischen Familie stammende Feldjägerarzt Dr. Richard Ehrenhaus, dessen Vater, der Geheimrat Sanitätsrat Dr. Ehrenhaus, sich die gleiche Auszeichnung im Kriege 1870/71 als Oberstabsarzt erworben hatte; Apotheker Bruno Koesch, Unteroffizier in einer Sanit.-Komp., Sohn des Großkaufmanns Carl Koesch in Breslau.

Sonstige Meldungen.

§§ Die Verletzung des amerikanischen Botschafters Gerard ist, wie die „N. J. a. M.“ erfährt, nach dem Ergebnisse der Montanensuntersuchung ungefährlich. Es bedarf auch keines neuen Verbandes. Die Heilung des verletzten Armes wird etwa drei bis vier Wochen in Anspruch nehmen.

§§ Die bekannte Romanistin Marie von Ebner-Eschenbach ist der „N. J. a. M.“ zufolge an Lungenentzündung schwer erkrankt. Die Diätarin steht im 86. Lebensjahre.

W.W. Der Philosoph und Naturphilosoph Ernst Mach, ehemals Professor an der Universität Wien, verstarb auf seinem Besitz in München, wo er seit einigen Jahren in Zurückgezogenheit lebte.

W.W. Sofia, 22. Februar. Die Agence Telegraphic meldet: Die amerikanischen Bürger Dr. Cornelius Webster, Dr. Brofom, Dr. Tonat, Robert Parsons, George Lohan und Dr. Waters, die im Spital der Lady Baget in Astub arbeiten, haben an die Blätter ein Schreiben gerichtet, in dem sie die von ihrem Kollegen Dr. Schelens wider die bulgarischen Truppen ausgeübten und von der Entente-Press verbreiteten Verleumdungen zurückweisen und ihr tiefes Bedauern ausdrücken, feststellen zu müssen, daß ein Amerikaner ein Land anzuwärzen konnte, in dem er sich frei bewegen durfte. Die genannten Ärzte erklären, daß sie bisher keinen verdächtigsten Beweis für die den Bulgaren in ungerichteter Weise zugeschriebenen Grausamkeiten erhalten haben.

Schlesien.

Die Einführung der Butterkarte.

* Die Frage, ob die Butterkarte in Breslau eingeführt wird, ist nunmehr durch die im letzten Mittagsblatt kurz erwähnte Anordnung des Reichskanzlers entschieden. Die Stadtverwaltung muß die Butterkarte einführen, denn sonst würde sie von der Zentraleinkaufsgesellschaft vom 5. März ab keine Butter mehr erhalten. — Der Breslauer Stadtvorstand neigenber-samlung wird deshalb zu der am Donnerstag stattfindenden Sitzung ein Dringlichkeitsantrag zugehen, der für die Einführung der Butterkarte 20000 Mark fordert. Im Magistrat vertritt man dabei immer noch den Standpunkt, daß die Vorbedingung für die Einführung der Butterkarte das Vorhandensein von mindestens einem Viertel Pfund für den Kopf der Bevölkerung wöchentlich sein müsse. Ob diese Menge tatsächlich nach Breslau kommt, wird sich erst feststellen lassen, wenn das Ergebnis der am Montag vorgenommenen Erhebung vorliegt. Wollte sich der Magistrat aber noch weiter gegen die Butterkarte sträuben, so würde die Gefahr drohen, daß die Zentraleinkaufsgesellschaft ihre Zuweisungen einstellt. Die wichtigsten der in der Anordnung des Reichskanzlers erlassenen Bestimmungen sind, wie in einem Rundschreiben des Ministers des Innern mitgeteilt wird, die folgenden:

1. Vom 5. März 1918 ab darf die Zentraleinkaufsgesellschaft an Gemeinden und Kommunalverbände Buttergrundbutter nur noch abgeben, wenn diese durch Einführung von Butterkarten oder durch eine sonstige wirksame Regelung des Verkehrs mit Butter die Gewähr leisten, daß der durchschnittliche Verbrauch von Butter in ihrem Bezirk wöchentlich 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung nicht übersteigt.

2. Gemeinden, die nach dem 5. März 1918 mit Auslands- oder Inlandsbutter von der Zentraleinkaufsgesellschaft versorgt zu werden wünschen, haben ohne jeden Aufschub alle Vorbereitungen zu treffen, um den Bestimmungen des Reichskanzlers entsprechende Regelung des Butterverbrauchs in ihrem Bezirk rechtzeitig in Wirksamkeit setzen zu können. Anderenfalls laufen sie Gefahr, daß ihnen der Bezug von Butter durch die Zentraleinkaufsgesellschaft gesperrt wird.

Über die Art der Verbrauchsregelung ist zu bemerken, daß im allgemeinen nur durch Einführung einer Butterkarte genügend Gewähr für die Beschränkung des Butterverbrauchs auf einen durchschnittlichen Verbrauch von 125 Gramm geboten werden kann. Ausnahmsweise darf von der Einführung von Butterkarten abgesehen werden, wenn die Innehaltung jener durchschnittlichen Verbrauchsgrenze durch genaue Feststellung der in den Gemeindebezirk eingeführten und der in ihm erzeugten Buttermenge gesichert erscheint.

Die Ausgestaltung der Butterkarte im einzelnen bleibt dem freien Ermessen der Gemeinden überlassen. Jedoch sind nachstehende Gesichtspunkte zu beachten:

1. Die Butterkarte ist grundsätzlich als Sparkarte aufzufassen, denn die Gemeinde wird in der Regel dem Inhaber der Butterkarte nicht garantieren können, daß er die in der Butterkarte bezeichneter Buttermenge tatsächlich erhält. Zweckmäßig wird aber sein, wenn die Gemeinde die Höhe des Quantum, über das die Butterkarte lautet, auf Grund einer Feststellung von Vorrat und Bedarf periodisch ermittelt und bekanntgibt, um der Bevölkerung die charakteristische Bestimmtheit von Butter- und Speisefett stets vor Augen zu führen. Um den Gemeinden diese Berechnung zu ermöglichen wird die Zuweisung von Butter aus den Vorräten der Zentraleinkaufsgesellschaft immer für Zeiträume von je 4 Wochen erfolgen und den Gemeinden rechtzeitig mitgeteilt werden. Gemeinden, die ihrer Butterkarten einen durchschnittlichen wöchentlichen Verbrauch von 125 Gramm auf den Kopf der Bevölkerung zugrunde legen, haben deswegen keinen Anspruch darauf, daß ihnen von der Zentraleinkaufsgesellschaft eine entsprechende Buttermenge geliefert wird. Eine größere Buttermenge, als bisher, wird die Zentraleinkaufsgesellschaft an die Gemeinden künftig jedenfalls nicht abgeben können.

2. Kinder bis zu zwei Jahren werden bei der Zuteilung von Butterkarten in der Regel ausgenommen, Kinder bis zu vierzehn Jahren mit der Hälfte der für die Erwachsenen vorgesehenen Buttermenge zu berücksichtigen sein.

3. Der Butterverbrauch der Guts- und Schaftwirtschaften ist auf ein festes Kontingent in Höhe eines Bruchteils des bisherigen Durchschnittsverbrauchs zu beschränken.

4. Buttermengen, die im Wege des Polverandes von außerhalb in den Gemeindebezirk gelangen, sind einer Anzeigespflicht zu unterwerfen. Wer solche Butter bezogen hat, muß sie sich auf die in der Butterkarte bezeichnete Menge anrechnen lassen.

Sofort bei dem Verkauf von Butter im Gemeindebezirk bisher Miststände, insbesondere ein übermäßiger Anbruch der Bevölkerung auf die Butterläden, hervorgerufen sind, ist durch geeignete Einrichtung der Butterkarte eine gleichmäßige und ruhige Abwicklung des Butterverkaufsgeschäfts sicherzustellen. Nach dieser Richtung wird in größeren Gemeinden, namentlich eine Ausgabe der Butterkarte für die einzelnen Wochentage in verschiedener Farbe oder sonstiger auffälliger Kennzeichnung in Frage kommen.

6. Mit der Regelung des Butterverbrauchs durch Einführung der Butterkarte wird zweckmäßigerweise eine Regelung des Margarinerbrauchs Hand in Hand gehen. Die Herauslösung der Margarine aus dem Kartensystem würde den Nachteil haben, daß die Kopkation bei Berücksichtigung lediglich der Butter sehr niedrig ausfallen müßte, während anzunehmen ist, daß die ärmere Bevölkerung wegen des hohen Preises der Butter vielfach den Bezug von Margarine an Stelle der Butter vorziehen, von der Butterkarte also keinen Gebrauch machen würde. Außerdem würde die Einschränkung des Butterverbrauchs auf der einen und die Unbeschränkung der Margarinebeschaffung auf der anderen Seite die Gefahr bieten, daß die wohlhabende Bevölkerung neben ihrem Butteranteil noch der ärmeren Bevölkerung einen Teil der billigeren Margarine weghäufen, und damit die Fettversorgung der ärmeren Volkskreise in Frage stellen würde.

7. Den Gemeinden bleibt anheimgestellt, auch die sonstigen Fette: Schweineschmalz, Rindfleischfett, ausgefallenes Rinderfett und Speisefett in die Verbrauchsregelung für Butter und Margarine einzubeziehen.

8. Bei der Verbrauchsregelung würde die wöchentliche Kopfmenge festzusetzen sein:

a) für Butter allein auf höchstens 125 Gramm, b) für Butter und Margarine auf höchstens 190 Gramm, c) für Fett aller Art auf höchstens 250 Gramm. Für einzelne schwerere arbeiten die Personengruppen (Heimarbeiter, Kohlenarbeiter) ist nötigenfalls eine Erhöhung zu gewähren.

9. Sollte die Einführung einer besonderen Butter-(Fett)karte bis zum 5. März 1918 nicht mehr möglich sein, so können die Gemeinden die Rationierung des Butter-(Fett)verbrauchs vorläufig mit Hilfe der Vorkarte etwa in der Weise vornehmen, daß die einzelne Person in der Woche nur einmal, und nur gegen Vorlegung ihrer Vorkarte die festgesetzte Höchstmenge von Butter (Fett) erwerben darf.

10. Saborat, 22. Februar. Unter Vorsitz des Bürgermeisters Scherholz fand gestern eine Beratung der Gemeindevertreter statt, in welcher beschlossen wurde, von der dritten Kriegsanleihe von 100000 Mk. den Bonus für Beamtenpensionen 88000 Mk., für Schulhausbau 15000 Mk., für Straßen- und Kanalbau 88000 Mk., für Haftpflichtversicherung 45000 Mk. zuzuwenden, und den Rest von 90000 Mk. zur Bildung eines neuen Bauhausbaufonds zu verwenden. Der im Haushaltsplane zur Verstärkung des Pensionsfonds vorgezogene Betrag von 128000 Mk. soll als erparat angesehen werden. Zugelassen wurde einem Abkommen mit der Gemeinde Michowitz, wonach auf Grund des § 53 des Kommunalabgabengesetzes an Schulunterhaltungsbeiträgen für das Jahr 1913/14 an die Gemeinde Michowitz 175 Mk. zu zahlen sind. Demnach wurden für die Speisung mitleidender Schulkinder 8000 Mk. für die Herstellung eines Saunes an der Volksschule 8000 Mk. Es wurde beschlossen, die Gewerbesteuerordnung vom Jahre 1916 auch für das kommende Rechnungsjahr beizubehalten. Im Schlußbericht des Bürgermeisters Scherholz, daß von der Landesversicherung für Kriegswohlfahrtszwecke der Gemeinde monatlich 2500 Mk. vom 1. Januar bis 31. März 1918 bewilligt worden seien, daß mit den landwirtschaftlichen Betrieben von Rothschind in Beneschau und des Herrn Sobotka in Salsche, Kr. Groß Ströhlig, Verträge betreffend Milchlieferung abgeschlossen worden seien, ebenso mit den Schweinezüchtern in Ospreußen, betreffend die Lieferung von Fetteschweinen.

* Breslau, 23. Februar. Dem Nationalen Frauenbündnis hat die Galerie Ernst Arnold, Tauentzienplatz 1, aus Anstellungen zu Gunsten schlesischer Künstler den Betrag von 247 Mark überwiesen.

— Das Angebot von ausländischem Schweineschmalz durch einen Kaufmann in der Markthalle am Ritterplatz hat, wie der Magistrat bemerkt, Beunruhigung hervorgerufen wegen des hohen Preises von 3,68 Mark, der für das Pfund gefordert wird, während hiesiges Schmalz nach der Preisfestsetzung nur 2,20 Mark kosten darf. Der Magistrat hat indes für diesen besonderen Fall die Genehmigung erteilt, da der Kaufmann nachweist, daß das Schmalz bereits im Auslande 3,80 Mark das Pfund geloset hat und da für ausländische Ware ein Höchstpreis nicht festgesetzt ist.

— Am Dienstag nachmittags 5 Uhr wurde auf der Klosterstraße eine Arbeiterfrau bewußtlos aufgefunden und nach der Polizeiwache auf der Leisingstraße geschafft, wo sie dann Samariter der Feuerwehr nach dem Allerheiligen-Hospital brachten. Die Frau hatte, wie sodann ermittelt wurde, ein Pilsbier getrunken, um sich das Leben zu nehmen. — Am Dienstag Abend fiel auf einen Kaufmannslehrling aus einem Papiergeschäft auf der Reichstraße ein schwerer Wallen Papier, der ihm einen Bruch des Unterkiefers und augencheinlich auch innere Verletzungen zufügte. Der junge Mann wurde bewußtlos nach der Unfallstation auf der Karlsstraße geschafft, wo ihm der Unterkiefer geschnitten wurde, worauf er nach dem Allerheiligen-Hospital geschafft wurde.

Handelstell.

Zentralstelle für ausländische Zahlungsmittel in Österreich.

W.W. Wien, 22. Februar. Die Österreichisch-ungarische Bank hat zur Erlangung einer Übersicht über die verfügbaren und angeforderten ausländischen Zahlungsmittel und um deren An- und Verkauf in der Absicht ihrer tüchtigsten Verbilligung zu vereinheitlichen, gemeinsam mit dem k. k. Postsparkassenamt und österreichischen Banken und Bankiers in Wien eine Zentralstelle für den Verkehr in ausländischen Zahlungsmitteln für Österreich errichtet, welche wie die in Budapest für Ungarn gegründete gleiche Einrichtung am 24. Februar in Wirksamkeit treten wird. Die Mitglieder der Zentralstelle sind verpflichtet, ihr sämtliche einlaufende Zahlungsmittel einzuliefern und den Bedarf an solchen unter Angabe des Verwendungszweckes anzugeben. Die Zentralstelle erhält den Verwendungszweck und ist berechtigt, die Vorlage der erforderlichen Beläge, Briefe, Buchauszüge, Rechnungen, Frachtbriefe usw. zu Händen der Österreichisch-ungarischen Bank zu verlangen. Die Zentralstelle entscheidet, ob und in welchem Ausmaße die Zuteilung der geforderten Beträge zu erfolgen hat.

* Versammlung Breslauer Börseninteressenten. An der Börse war heute eine freundlichere Tendenz vorherrschend. Die politischen Erörterungen sind wieder in den Hintergrund getreten. Daher konnten die guten Berichte aus der Industrie wieder mehr zur Geltung gelangen. Gefragt und lebhaft umgesetzt wurden Oberschlesische Bedarfsaktien auf Gerichte, denen zufolge die Dividende höher, wie geschätzt, ausfallen soll. Der Steigerung dieser Aktien schlossen sich Caro-Gegeisheidt und Nattoniger Aktien an. — Von sonstigen Werten stellten sich Archimedes Aktien neuerdings besser. — Heimische Fonds haben ihren Preisstand behauptet. — Polnische Pfandbriefe waren begehrt. — Tägliches Geld bleibt sehr flüssig.

W.W. Berlin, 23. Februar. Börsenbericht. Der Börsenverkehr war heute etwas lebhafter. Bei Beginn erwies sich die Tendenz als fest; bevorzugt waren Erdöl-Aktien, Girisch-Kupfer und Dynamit-Aktien, die im Kurse anziehen konnten. Fester lagen auch Österreichische Rentenwerte im Zusammenhang mit der Besserung der Valuta. Von Verwertungs-Aktien wurden Phönix, Bochumer und Gelsenkirchen bei etwas höheren Kursen gehandelt. Deutsche Anleihen verkehrten auf dem gestrigen Niveau. Im Verlauf fanden dann vereinzelte Realisationen statt, so daß die Haltung sich leicht abschwächte.

Berlin, 23. Februar. Auslandswechsel. Amtliche Kurse für telegraphische Auszahlung. Die Banken kaufen zum Geldkurs und verkaufen zum Briefkurs.

	23.	22.	Wkt.	23.	22.
— New-York 1 Doll.	5,39 G	5,39 G	5 1/2	Norwegen 100 Kr.	154 1/2 B
do.	5,41 B	5,41 B	4 1/2	Schweiz . 100 Fr.	105 1/2 G
4 1/2 Holland 100 Guld.	335 1/2 G	335 1/2 G	6	do.	105 1/2 G
do.	336 G	336 G	6	Oest.-Ung. 100 Kr.	68,45 G
5 Dänemark 100 Kr.	154 1/2 G	154 1/2 G	6	do.	68,55 G
do.	154 1/2 G	154 1/2 G	6	Rumänien 100 Lei.	85 1/2 G
5 1/2 Schweden 100 Kr.	154 1/2 G	154 1/2 G	6	do.	85 1/2 G
do.	154 1/2 G	154 1/2 G	6 1/2	Bulgarien 100 Lewa	77 1/2 G
5 1/2 Norwegen 100 Kr.	154 1/2 G	154 1/2 G	6	do.	78 1/2 B

* Berlin, 23. Februar. Produktenmarkt. Weizenmehl war stark gefragt und wurden die erhöhten Forderungen dafür glatt bewilligt. Das Angebot war jedoch klein und die Umsätze beschränkt. Auch Rindfleisch wurden bei anziehenden Preisen gehandelt. In den übrigen Artikeln war der Verkehr still und die Preise unverändert.

W.W. Berlin, 23. Februar. Frühlmarkt. Im Warenhandel ermittelte Preise: Ausländisches Weizenmehl 96 bis 103. Winterweizen 4,40, trockene geschrotete Rübendroben 53,50 bis 54,00. Rindfleischbroden 47 bis 48. Weizenpellets 14,50 bis 15,50. Munkelrübren 2,50 pro Zentner, Spelspreumehl 80 bis 81.

W.W. London, 23. Februar. Metalle. Kupfer per Kasse 107, per drei Monate 104 1/2, Elektrolytisch 180, Zinn per Kasse 190, per drei Monate 180 1/2, Zink per Kasse 105, per drei Monate 96, Blei 32.

W.W. Glasgow, 23. Februar. Hohlstein. Nach großer Festigkeit war der Schluß klar. Verkäuferpreise per Kasse 66 Gd. 6 B., per einen Monat 67 Gd.

